



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

kühne Bilder des Grauens, die eine erschütternde Sprache reden. Strobl meistert das alles mit einer virtuosen Geschicklichkeit, bleibt aber stets über seinem Stoffe.

Damit sei der Reigen beendet. Es gibt einen deutschen Roman, einen gesunden und dabei doch künstlerisch hochstehenden, einen Roman, der die Kräfte aufzeigt, die im deutschen Volke an der Arbeit sind, von innen aus einen Genesungsprozeß durchzuführen. Man verschone uns nur mit dem lauten Getriebe einer Clique, die sich einbildet, den modernen Roman, die Kunst überhaupt, für sich allein gepachtet zu haben, und deren ganzes Schaffen nichts anderes ist, als eine atemlose Heße hinter Sensationen, ein küsternes Spiel auf den Saiten der Sexualität. Eine derartige Bereicherung unseres deutschen Schrifttums aber sei dankend und energisch abgelehnt.



Weltspiegel

Athen und London. Über die tieferen Ursachen des Regierungswechsels in Griechenland sind noch keine authentischen Nachrichten zu bekommen und diejenigen griechischen Persönlichkeiten, die sie liefern könnten, tun dies schon deshalb nicht, weil es noch nicht einmal feststeht, ob der Wechsel des Regimes auch einen wirklichen Umschwung der griechischen Außenpolitik bedeutet. Die aufgetauchten Nachrichten über Truppenmeutereien in Kleinasien wird man vorderhand mit äußerstem Mißtrauen aufzunehmen haben und anscheinend geht in den leitenden Kreisen Athens eine starke Strömung darauf aus, zwar, schon im Interesse nationaler Selbständigkeit, König Konstantin zurückzurufen, aber die Errungenschaften des Kriegees nicht fahren zu lassen. Im Grunde wäre damit nur der letzte Schritt zur Krönung der venizelistischen Politik getan: Griechenland zur nicht nur großen, sondern auch selbständigen Mittelmeermacht werden zu lassen. Dadurch würde vor allem Italien einen auf die Dauer recht gefährlichen Rivalen bekommen, besonders wenn die Griechen, soweit es tunlich wäre, auf eine sehr kostspielige gewaltsame Befestigung ihres so rasch angewachsenen Machtbereichs verzichten und die dabei ersparten Mittel anderweitig nutzbar machen würden. Eine Internationalisierung Smyrnas z. B. würde Griechenland, abgesehen von ideellen Gesichtspunkten wesentliche Nachteile kaum bringen, und auch bezüglich Thraziens könnte es ihnen genügen, wenn es in irgendeiner Form Bulgarien entzogen bliebe. Natürlich sind die Italiener viel zu klug, sich irgendein Mißbehagen anmerken zu lassen; sie wissen sehr wohl, daß eine innere und äußere Konsolidierung Griechenlands, solange das entwaffnete Bulgarien zwar in Fragen des Zugangs zum Ägäischen Meer zu Griechenland in starkem, durch Frankreich heimlich verstärktem Gegensatz steht, jedoch als Machtfaktor auf dem Balkan augenblicklich selbständige Bedeutung kaum besitzt, die Südslaven trotz aller inneren, namentlich auch infolge des Wahlausfalles von Kroatien ausgehenden Hemmungen ihrem Einfluß zugänglich machen und zu weiterem Ausbau der im Vertrag von Rapallo vorgesehenen italienisch-südslawischen Annäherung treiben muß, und es ist möglich, daß man in Italien schon jetzt für den Balkan eine ähnliche Politik ins Auge faßt, wie sie England Deutschland und Frankreich gegenüber verfolgt: bei scheinbarem Desinteressement und unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung des Friedens einen Gegner gegen den anderen auszuspielen. Es darf nicht übersehen werden, daß diese Politik einstweilen durch die Bestrebungen Frankreichs, Bulgaren und Südslaven in der mazedonischen Frage einander anzunähern, absichtlich oder unabsichtlich Unterstützung erhält. Auch in der türkischen Frage ist eine Annäherung Frankreichs an Italien zu verzeichnen, nicht umsonst wird auf der Durchreise nach London Graf Sforza bei Millierand Station

gemacht haben, und es darf angenommen werden, daß Italien jetzt überall ausgleichend, vermittelnd, mäßigend auftritt. Italiens politische Kraft ist eben in den letzten Wochen außerordentlich gewachsen, nicht zum wenigsten durch Giolittis kluge Innenpolitik, die die Bestrebungen der extremen Sozialisten mit scheinbarer Passivität entschlossen ad absurdum führen ließ, und die ganze Torheit außenpolitischer deutscher Schmöcke, die auf die unverantwortliche, nur in Deutschland mögliche Falschmeldung vom Rücktritt Graf Sforzas hin, diesen Rücktritt schon „seit langem vorausgesehen“ hatten, wird durch diese ganze Entwicklung ins rechte Licht gesetzt. (Nur der deutsche Zeitungsleser läßt es sich bieten, daß ein Redakteur, nachdem er derartigen Unsinn verzapft hat, sein Referat noch weiter ausübt, ganz abgesehen davon, daß derartige Vorkommnisse die Italiener sehr viel mehr verstimmen, als man bei uns glaubt.)

Fest steht, daß die katastrophale Niederlage der venizelistischen Regierung Engländern und Franzosen gleicherweise, selbst denen, die an Ort und Stelle waren, gänzlich überraschend gekommen ist. Es scheint sich nicht nur um ein großartig organisiertes Wahlkomplott, sondern um einen vollständigen und ziemlich plötzlich erfolgten, durch Venizelos' Gewaltregime hervorgerufenen Umschwung der öffentlichen Meinung zu handeln. Den Franzosen aber ist die Wendung trotz aller Proteste gegen den hauptsächlich wegen seiner Potsdamer Rede 1913 und infolge der durch die feindliche Propaganda breit ausgeschlachteten Vorgänge während des Weltkrieges natürlich zu Unrecht als aktiv deutschfeindlich geltenden König Konstantin insofern nicht unerwünscht gekommen, als sie dadurch Gelegenheit bekamen, gegen die schon seit langem mit größtem Mißbehagen beobachtete englische Türkenpolitik Stellung zu nehmen. Der Vertrag von Sévres, hieß es, dessen Ratifizierung von seiten der Türkei die Engländer seit Monaten vergebens anstreben, müsse revidiert werden. (Wenn die deutsche Tagespresse begriffen hätte, um was es ginge, hätte sie im Anschluß daran sofort in größter Aufmachung behaupten müssen, damit wäre, besonders da die Franzosen und die ententefreundlichen Vertreter der zentral-europäischen Staaten immer behauptet haben, die fünf Friedensverträge [Versailles, St. Germain, Trianon, Neuilly, Sévres] bildeten ein Ganzes, grundsätzlich auch die Möglichkeit einer Revision des Versailler Vertrages ausgesprochen. Dadurch hätte man die Franzosen genötigt, bescheidener aufzutreten und der englischen Politik im deutschen Interesse wertvolle Dienste leisten können.) Ja, nach einer Meldung des Lokal-Anzeigers haben die Franzosen in London noch weit mehr gefordert, nämlich nicht nur die Rückgabe Smyrnas an die Türkei unter italienischer (!) Kontrolle, Errichtung eines autonomen Staates in Thrazien unter der Kontrolle einer noch zu bezeichnenden Macht (wahrscheinlich Rumäniens oder Amerikas), Verzicht der Schutzmächte auf die Gewährleistung der Unabhängigkeit Griechenlands sowie Aufhebung jeder finanziellen Unterstützung an Griechenland und Erlass einer Erklärung an das griechische Volk, die es auf diese Folgen einer Rückberufung Konstantins hinweist, sondern auch Rückgabe des Dodekanes an Italien und Abänderung der neuen Grenzen Griechenlands zugunsten Serbiens und Bulgariens. Selbstverständlich mußte England, wenn es auch auf Ratifizierung des Sévresvertrags nicht bestand, diese Forderungen, die die ganze Balkanfrage noch einmal wieder aufrollen, ablehnen, um so mehr, als es fürchten mußte, daß, wenn man den anatolischen Nationalisten gar zu weit entgegenkäme, dadurch auch seine Stellung in Konstantinopel, wo erst unlängst der Einfluß des französischen Militärs mit sanfter Gewaltsamkeit zurückgedrängt worden ist, in Mitleidenschaft gezogen würde. Und es ist bezeichnend, daß die englischen Gegenforderungen weit mehr darauf hinauskommen, aus Griechenland ein neues Portugal zu machen, als den Türken Zugeständnisse zu bringen.

Verlauf und Ergebnisse der Londoner Konferenz lassen sich noch nicht vollständig überblicken. So viel aber ist sicher, daß in diesem Augenblick, vielleicht im Hinblick auf die im Januar bevorstehenden neuen Senatswahlen, von denen die Linke eine Stärkung ihres Einflusses erhofft, vielleicht infolge von enttäuschten Hoffnungen auf kräftigere Unterstützung durch die Vereinigten Staaten, vielleicht in der Befürchtung, daß die neue französische Anleihe ungenügende Ergebnisse zeitigt,

vielleicht um auf der Völkerbundskonferenz weitere Nachgiebigkeit Englands durchzusetzen, vielleicht (all die Faktoren können zur Zeit der Niederschrift noch nicht mit voller Sicherheit beurteilt werden) auch um in der Wiedergutmachungs-, Kohlen- und Oberschlesienfrage englische Konzessionen zu erreichen und weiter infolge des Zusammenbruchs der Brangeloffensive, auf die man so große Hoffnungen gesetzt hatte, sich ein Umschwung in der Politik Frankreichs vollzieht, dessen bedeutendstes Anzeichen die vor dem Kammerausschuß abgegebenen, freilich alsbald durch eine Erklärung des „Temps“ abgeschwächten Erklärungen des Ministerpräsidenten Leagues betreffs Wiederaufnahme privater wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland bilden. Es ist ohne weiteres klar, daß sich Frankreich damit auf den Weg zur förmlichen Anerkennung der Sowjetrepublik begibt. In erster Linie, das lassen die letzten Leitartikel des „Temps“ deutlich erkennen, geschieht das wohl, um die Rechte der französischen Vorkriegsgläubiger sicherzustellen. Man will verhüten, daß die Russen ohne Berücksichtigung der Schulden des zaristischen Regimes Konzessionen und Vorrechte an England, Deutschland, Amerika vergeben, und zu erreichen versuchen, daß die endgültige Wiederaufnahme der englisch-russischen Handelsbeziehungen von der Anerkennung der früheren russischen Staatsschuld an Frankreich abhängig gemacht wird. Ob die Franzosen diese Forderung durchsetzen werden, muß einstweilen dahingestellt bleiben und ist ganz von dem Grade abhängig, in dem Lenin die Hilfe Frankreichs braucht. Möglich, daß man einstweilen auch in Fragen der galizischen Polen einen Druck ausüben will, dessen Angriff auf Wilna, schon weil es dem nicht gern gesehenen Völkerbund Anlaß zum Einschreiten gab, in Paris stark verstimmt hat; auf die Art wie Frankreich seine Freundschaft für Polen mit einer gegen Rußland zum mindesten neutralen Politik vereinbaren wird, darf man überhaupt gespannt sein, zum mindesten im Hinblick auf den Zeitpunkt, in dem Frankreich, was auf die Dauer nicht ausbleiben kann, Rußlands (und der mit Rußland verbündeten Anatolier) Unterstützung braucht, um Englands Konstantinopelstellung zu bedrohen. Damit wäre dann in der Tat, d. h. falls Deutschland mittut und Polen zufriedengestellt werden kann (durch Verstärkung seines Einflusses in Danzig), die Möglichkeit eines Festlandblocks gegen England gegeben, die Idee eines europäischen Völkerbundes unter englischer Führung lahmgelegt. Und um England einstweilen die Möglichkeit rechtzeitiger Gegenwirkung zu nehmen, bemüht man sich französischerseits gerade jetzt wieder um Abschluß eines förmlichen englisch-französischen Bündnisses. Auf Grund eines solchen Bündnisses, für das übrigens in England an sich kaum große Neigung bestehen wird, könnte man dann innerhalb des Völkerbundes noch energischer auftreten und seine Aktion noch wirksamer sabotieren oder auch gegebenenfalls sie als Vorspann zur Erreichung der eigenen Ziele benutzen. Die Verhandlungen des Völkerbundes sollen, sobald sie sich in ihrer Gesamtheit überblicken lassen, zusammenhängend gewürdigt werden.

Kompliziert wird die Lage dadurch, daß die Arbeiter nicht gesonnen sind, die Politik ihrer Regierungen unter allen Umständen mitzumachen. Schon hat der Londoner internationale Gewerkschaftskongreß, auf dem 24,8 Millionen organisierter Arbeiter aus sechzehn verschiedenen Ländern, allerdings — ein bedeutames Moment — nicht die Amerikaner, vertreten waren, sich sehr kräftig gegen die Befehung des Ruhrgebiets ausgesprochen (die Stinneschen Sozialisierungsvorschläge dürften diesen auf Informationen durch Arbeiter des Ruhrbeckens beruhenden Protest befeuert und verstärkt haben) und ein von Henderson, Macdonald, Vandervelde, Troelstra, Engbjerg, Gumbmann, Wels unterzeichneter Aufruf des Vollzugsausschusses der zweiten Internationale, dessen Sitz bezeichnenderweise nach London verlegt worden und damit unter Einfluß der englischen Labour Party geraten ist, weist darauf hin, daß die Arbeiter, ebenso wie der Kapitalismus, ihrerseits Weltpolitik treiben müßten, um ihre Ziele zu erreichen. Möglich, daß auch hier Ansätze zu einer gesamteuropäischen Politik liegen, die über kurz oder lang unumgänglich ist, falls der alte Erbteil die Herrschaft über die Welt nicht einfach an den neuen abtreten will.

Menenius